

GR ► GV

17. Oktober 2024 / LM / NH

Frühe Sprachförderung (Pilot): Reglement

1 Ausgangslage

- 1.1 An der Sitzung vom 25. Juni 2024 sprach sich der Gemeinderat für ein Pilotprojekt mit obligatorischer Früher Sprachförderung (FSF) aus (GRB Nr. 2170), laufend während den Schuljahren 2025/26 – 2027/28. Ziel ist, dass künftige Schülerinnen und Schüler bei Kindergarteneintritt über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Dazu wird hier dem Gemeinderat das nötige Reglement zu Händen der Gemeindeversammlung vorgelegt.
- 1.2 Die Pflichten der Gemeinden sind in den neuen Regelungen des Kantons festgelegt, die auf 1. August 2024 in Kraft traten: Sozialgesetz § 105 – 107¹, § 182 (KRB 08.11.2023), sowie Sozialverordnung § 79bis ff.
- 1.3 Aufgrund der zwei bisher durchgeführten Sprachstanderhebungen ist in Grenchen davon auszugehen, dass jedes dritte Kind einen Bedarf aufweist (ca. 50 Kinder). Grenchen hat pionierhaft bereits 2010 Angebote der frühen Sprachförderung, namentlich den Vorkindergarten (**VKG**) geschaffen. Er bietet seit 2011 ein spezielles Angebot für Kinder mit Entwicklungsrückstand, schwergewichtig im sprachlichen Bereich. Er bietet 60 Plätze in den Räumen des ehemaligen Kindergartens Eichholz an. Zusammen mit den Spielgruppen sollte der Bedarf also gedeckt werden können.
- 1.4 Die von der Schulverwaltung eingesetzte Arbeitsgruppe «Frühe Sprachförderung», hat die Entwicklung der kantonalen Vorgaben und die Arbeit mit der Sprachstanderhebung begleitet und unterstützt: Nicole Hirt, Gesamtschulleiterin; Eugen Blümli, Leiter Dienste Schulverwaltung; Richard Aschberger, Präsident Sozialkommission Oberer Leberberg/Präsident Integrationskommission; Luzia Meister, Integrationsbeauftragte/Recht; Anelise de Freitas, Sachbearbeiterin Integration.

2 Erwägungen

- 2.1 In einem Reglement auf Gesetzesstufe sind die wichtigsten Eckwerte der vorgesehenen obligatorischen Frühen Sprachförderung zu regeln. Da es um die Einführung einer Pflicht geht, soll auch die Pilotphase durch die Gemeindeversammlung verabschiedet werden. Die Einzelheiten, v.a. auch betreffend die Abläufe, werden durch Ausführungsbestimmungen geregelt, die zu gegebener Zeit dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen sind.

¹ SOG (BGS 831.1): §106^{bis}bis

Abs. 2: Die Einwohnergemeinden sorgen für:

a) die Abklärung des sprachlichen Förderbedarfs, wobei die kantonalen Vorgaben zu beachten sind;
b) die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots der frühen Sprachförderung, wobei die Förderung in Spielgruppen oder im Rahmen von Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung zu erfolgen hat.

Abs. 3: ...Erfolgt der Besuch eines Angebots der frühen Sprachförderung auf Verfügung der Einwohnergemeinde, ist dieser Besuch durch die Einwohnergemeinde zu finanzieren.

2.2 Zu den wichtigsten Punkten des Reglements:

- § 3 Obligatorium: Die bestehenden und künftig denkbaren Förderangebote sind unterschiedlich intensiv und auch unterschiedlich teuer. Als minimale Anzahl obligatorischer Förderstunden werden 2 x 2 Std./Schulwoche festgelegt. Das entspricht auch dem Stundenplan im Vorkindergarten.
Ein Obligatorium benötigt angemessene Durchsetzungsmöglichkeiten. Bestenfalls tragen die Eltern die Bestrebungen zum frühen Deutschlernen aus eigener Einsicht mit. Es kann aber Überzeugungsarbeit oder gar Druck nötig sein. Je nach Einzelfall ist die Zusammenarbeit der Schulverwaltung mit den Sozialen Diensten, resp. mit dem Fachbereich Integration wichtig.
Durchsetzende Massnahmen sind auch Mahngebühren (§ 11.4), die Zuteilung eines Kindes zu einer Betreuungseinrichtung (§ 6.2), Rückforderung von Beiträgen (§ 11.2) und Sanktionen nach Volksschulgesetz (z.B. Bussen § 11.3).
- § 4 Datenbearbeitung: Hier wird u.a. festgehalten, dass für die frühe Sprachförderung mehrere Stellen zusammenarbeiten müssen und dabei soweit nötig, auch Daten ausgetauscht werden.
- § 5: Der Förderbedarf wird primär durch ein standardisiertes Verfahren ermittelt, das auf einem durch die Eltern ausgefüllten Fragebogen basiert. Dies wird durch den Kanton vorgegeben (Sozialverordnung). In Einzelfällen kann es nötig sein, auf andere Weise zu einer Entscheidung zu kommen, z.B. wenn das Kind erst später zuzieht oder wenn begründete Zweifel am Auswertungsergebnis bestehen.
- § 6: Die Elternpflichten werden hier ausführlich umschrieben.
- § 7: Betreuungseinrichtungen: Hier wird geregelt, mit welchen Förderstunden das Obligatorium erfüllt werden kann.
 - So erfüllt v.a. der Besuch einer deutschsprachigen Kita die Anforderungen. Die nötigen Qualitäten dürfen mit der kantonalen Bewilligung als gegeben betrachtet werden.
 - Bei Spielgruppen, die wohl neben Kitas am häufigsten besucht werden, klärt die Schulverwaltung die Befähigung zur frühen Sprachförderung und schliesst eine Leistungsvereinbarung ab.
 - Weitere Angebote können im Einzelfall geeignet sein.
- § 8: Der städtische Vorkindergarten, erfüllt selbstverständlich die Kriterien der frühen Sprachförderung auch. Dieses Projekt startete als Pilot und wurde mehrfach verlängert. Eine rechtliche Grundlage fehlt aber; ausser dem Preis wurden keine klaren Vorgaben definiert. Dies soll in den Ausführungsbestimmungen geschehen.
- § 10: Betreffend Kostenbeitrag sind folgende Grundsätze festgelegt:
 - Besucht ein Kind eine Kita oder Tageseltern, die mit Kibon (System für Betreuungsgutscheine) abrechnen, erfolgt die städtische Unterstützung ausschliesslich über Kibon; es wird nicht noch ein weiterer Beitrag übernommen.
 - Für Förderstunden in einer Spielgruppe wird ein Maximalbetrag von Fr. 2'000.- für maximal 1 Schuljahr festgelegt. Die Angebote und Kosten der Spielgruppen sind recht unterschiedlich. Die Schulverwaltung ermittelt den genannten Maximalbetrag nach entsprechenden Abklärungen. Wenn Eltern eine Spielgruppe gewählt haben, bei der mit diesem Betrag mehr als 2 Stunden bezahlt werden können, ist das zulässig.
 - Es wird für maximal 1 Schuljahr ein Beitrag geleistet. Das kann v.a. relevant sein, wenn die Einschulung eines Kindes ein Jahr aufgeschoben wird. Möchten die Eltern es in diesem Zusatzjahr weiterhin in die Sprachförderung schicken, zahlen sie das selbst (soweit es nicht die Sozialhilfe übernimmt).

- Inkrafttreten: das Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung sofort in Kraft; das ist wichtig, da auf Ende Jahr die Sprachstandserhebung startet. Da es sich um ein Pilotprojekt handelt, wird zudem vorgesehen, dass der Gemeinderat das Reglement selbst ausser Kraft setzen kann, wenn er zum Schluss kommen sollte, dass das Obligatorium nicht besser ist als die Freiwilligkeit.

2.3 Tarif Vorkindergarten:

- 2.3.1 Der Preis für 2 Halbtage im Vorkindergarten wurde vom Gemeinderat beim Start des Pilotprojekts 2010 auf Fr. 100.-, 2012 auf 200.- und 2017 auf Fr. 600.- festgelegt. Dieser Betrag ist wesentlich günstiger als die privaten Spielgruppen (ca. Fr. 2'000). Das wurde von diesen auch schon als unfaire Konkurrenz kritisiert. Der Gemeinderat erhöhte im Juni 2024 den Beitrag auf Fr. 1'200.- per 01.08.2024.
- 2.3.2 Da zu diesem Zeitpunkt aber bereits Anmeldungen für den Vorkindergarten vorlagen, konnte die Schulverwaltung die Erhöhung nicht tel quel umsetzen. Eine Tarifierhöhung ohne frühzeitige Information mitten im Anmeldungsprozess beurteilte sie aus juristischen wie auch praktischen Gründen für unangebracht.
- 2.3.3 Die Tarifierhöhung war *der Höhe nach* aber mehr als gerechtfertigt. Nicht nur wegen der unfairen Konkurrenz zu den Privaten Institutionen, sondern auch wegen dem erhöhten pädagogischen Ansatz mit entsprechend ausgebildetem Personal. Das erlaubt dem Vorkindergarten auch Kinder aufzunehmen mit anderem oder zusätzlichem Förderbedarf als im Sprachbereich. Weiter ist zu bedenken, dass manche Kinder von der Sozialhilfe unterstützt werden; dann trägt diese in aller Regel auch die Kosten. Es ist zu vermeiden, dass durch zu tiefe Tarife die Sozialhilferechnung subventioniert wird.
- 2.3.4 Es ist deshalb zu klären, wie *zeitlich* vorzugehen ist. Wie gesagt, gibt es für den Vorkindergarten bislang kein Reglement. Insofern gibt es auch keinen Anspruch für gleichbleibende Kosten während eines ganzen Jahres oder eine reglementarische Kündigungsfrist. Man kann sich vergleichshalber an der Regelung für die früheren städtischen Kitas orientieren (2 Monate Kündigungsfrist auf Ende eines Monats). Eine solche Frist scheint für eine betraglich relativ bescheidene Tarifänderung erst recht zumutbar, umso mehr, als der Kostenbeitrag immer noch sehr moderat ist. Verlangt man den erhöhten Beitrag für die 2. Schuljahreshälfte, müssten die Eltern zusätzlich Fr. 300.- zahlen. Das ergäbe ein Mehrertrag bis Fr. 18'000 (bei max. 60 belegten Plätzen).
- 2.3.5 Sämtliche Kriterien für den Vorkindergarten ab 1. August 2025 werden in den Ausführungsbestimmungen festgelegt.

3 Finanzielles

- 3.1 In der Gemeinderatsvorlage vom Juni wurden die Kostenfolgen dargestellt und welche Aufgaben und Kosten der Kanton übernimmt.
- 3.2 Der Gemeinderat hat im Juni 2024 entsprechende Kosten für die Förderstunden ab August 2025, sowie die Beiträge und Schulung zu Gunsten der Spielgruppen für das Budget 2025 und die Folgejahre beschlossen, soweit sie abgeschätzt werden konnten.

4 Weiteres Vorgehen

- 4.1 Als nächstes sind die Ausführungsbestimmungen (zu Händen des Gemeinderats) und die Muster für die Leistungsvereinbarungen zu entwerfen.

Dazu sind auch noch diverse Details, v.a. der administrativen Abläufe zu klären.

- 4.2 Das Pilotprojekt startet Anfang 2025 mit der Sprachstanderhebung; der Besuch der Förderstunden startet mit dem Schuljahr 2025/26.
- 4.3 Das Projekt wird von der Schulverwaltung, wo sinnvoll weiterhin unter Beizug der Arbeitsgruppe Frühe Sprachförderung betreut. Nötigenfalls werden Anpassungen veranlasst, resp. wo nötig der zuständigen Behörde zum Beschluss vorgelegt.
- 4.4 Im Verwaltungsbericht werden die wichtigsten Ergebnisse und Erfahrungen festgehalten (Frühe Sprachförderung, inkl. Vorkindergarten).
- 4.5 Die Auswertung der **Evaluation** muss schon während dem dritten Jahr vorgenommen werden, damit die Stadt rechtzeitig über die Weiterführung der frühen Sprachförderung mit oder ohne Obligatorium entscheiden kann. Dem Gemeinderat sind rechtzeitig im Laufe des dritten Jahres die Evaluation und ein Vorschlag über das Vorgehen ab August 2028 vorzulegen.

Hinweis: Nach drei Jahren, also per 01.08.2027 evaluiert der Kanton das Modell bezüglich Qualität und Wirksamkeit aus seiner Sicht².

5 Koordination

- 5.1 Die Vorlage und der Reglementsentwurf wurde von der Gesamtschulleiterin und der Stadtschreiberin verfasst. Die Koordination mit Richard Aschberger, Präsident Integrationskommission und Sozialkommission Oberer Leberberg, und dem Fachbereich Integration sowie mit der Finanzverwaltung ist erfolgt.

6 Anträge an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf

- 6.1 Der Gemeindeversammlung wird folgendes zum Beschluss vorgelegt:
 - 1. Das *Reglement Frühe Sprachförderung* wird genehmigt.
- 6.2 Das Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung in Kraft.
- 6.3 Der Jahres-Tarif für einen Platz im Vorkindergarten wird per 01.02.2025 auf CHF 1'200 festgesetzt.

Vollzug: SV

Beilage: Entwurf *Reglement Frühe Sprachförderung* (RS 365)

GR
SV
KZL/Integration
FV

² SOG § 106^{bis/bis} Abs. 5: Der Regierungsrat führt nach drei Jahren seit Inkrafttreten der Bestimmungen zur frühen Sprachförderung eine Evaluation zu den Auswirkungen durch und erstellt im Anschluss einen entsprechenden Bericht. (i.K. 1.8.24)